LTW 4neu LTW-Programm - WELTOFFEN

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

3. WELTOFFEN

Demokratie bietet uns die Freiheit, selbstbestimmt zu leben und in Verantwortung mit anderen, das friedliche Zusammenleben in unserem Land zu gestalten. Sie bedeutet nicht nur die Herrschaft der Mehrheit über eine Minderheit - vielmehr misst sich die Qualität einer Demokratie daran, WIE sie mit ihren Minderheiten umgeht.
In einer Demokratie zu leben, ist ein Privileg und keine Selbstverständlichkeit. Sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann auch wieder verloren gehen.

Wir GRÜNE stehen deshalb für diese offene Gesellschaft ein und verteidigen die Grundwerte von Freiheit und Humanität, wo immer sie – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden. Wir stellen uns gegen die zunehmende Verrohung in der politischen Auseinandersetzung und vor diejenigen, die in diesen Tagen Anfeindungen, Rassismus und Gewalt ausgesetzt sind.

Wir GRÜNE stehen für einen handlungsfähigen Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt. Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Wir alle, ob Parteien, Institutionen oder die Zivilgesellschaft, sind gefragt, uns einzumischen, mitzugestalten und kompromiss- und lernfähig zu bleiben.

Bedingung für die offene Gesellschaft ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören dazu. In unserem Land gelten Toleranz und Gleichberechtigung, Gewaltenteilung und Gewaltverzicht. So erwarten wir von allen Menschen auch in Schleswig-Holstein – von denen, die hier geboren sind, und jenen, die zu uns kommen – dass sie unsere Regeln akzeptieren und leben.

Wir GRÜNE stehen für diese offene Gesellschaft ein und für einen handlungsfähigen Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt. Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Die Bürger*innen sind gefragt, sich einzumischen und bei allen aushandelbaren Entscheidungsprozessen lernfähig bleiben – bis hin zu Kompromissen in politischer Mitverantwortung. Das ist anstrengend und herausfordernd.

Unsere Offenheit hat aber auch klare Grenzen: wenn die Grundwerte von Freiheit und Humanität – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden, wenn soziale Ängste geschürt oder dumpfe Instinkte einer völkischen Selbstbehauptung für antidemokratische Ziele missbraucht werden. Das Gespenst des Nationalismus und Rassismus bedroht – menscheinfeindlich und brandgefährlich - vor allem anders Denkende, anders Aussehende oder anders Sprechende . Die zunehmende Brutalisierung der politischen Auseinandersetzung und die Gewalt vor allem gegen Minderheiten in unserem Land bestürzen uns. Wir werden dem auch weiterhin entschieden entgegentreten.

Wir GRÜNE sind eine Partei, die sich gegen jede Form von Gewaltherrschaft und Unterdrückung wendet. Der Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit liegt in unseren politischen Genen. Die offene Gesellschaft ist kein Naturgesetz, sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann wieder verloren gehen. Umso größer ist unser Engagement für den offenen Austausch von Ideen und Lebenseinstellungen – über alle Grenzen hinweg. Wir sind als Schleswig-Holsteiner*innen in Deutschland, in Europa und der Welt zu Hause.

Europa / Unsere Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Die EU soll demokratischer und sozial werden

Unsere Zukunft in einem demokratischen und sozialen Europa

Wir Schleswig-Holsteiner*innen erfahren seit langem, dass unsere Zukunft in Europa liegt. Als Tor zu Nordeuropa und als "Land der Minderheiten" profitieren wir von einem geeinten Europa mit freizügigen Grenzen für Handel und Wandel. Wir GRÜNE stehen dafür ein – manches Mal leidenschaftlich.

Das Zusammenwachsen der Europäischen Union in Europa ist ein laufender Prozess und hat wesentlich zum jahrzehntelangen Frieden in den Ländern beigetragen. Doch dieser Frieden ist gefährdet. Militärische Konflikte in angrenzenden Regionen sorgen momentan auch für Spannungen innerhalb der EU. Alte und neue Blockbildungen lassen das Sicherheitsgefüge bröckeln, militärische Präsenzen haben sich verstärkt, wirtschaftliche und politische Sanktionen sind wieder zum Mittel der Politik geworden. Wir sehen die Notwendigkeit für verbale Abrüstung zwischen den Konfliktparteien, zu Verhandlungs- und Dialogbereitschaft. Bestehende Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Gruppen und regionalen Parlamenten im Ostseeraum wollen wir stärken und ausbauen und so einen Beitrag zur Verständigung leisten.

Die Europäische Integration wird – nicht erst seit dem Austrittsreferendum der Briten – in Frage gestellt. Die heute offen zu Tage tretenden Fliehkräfte kommen nicht von ungefähr: Über Jahrzehnte hinweg wurde europäische Politik von etlichen Politiker*innen in Bund, Ländern und Kommunen für vieles verantwortlich gemacht, was hierzulande nicht rund lief. So haben sich Ressentiment aufgebaut, die weit über ein häufig berechtigtes Unbehagen gegenüber der EU-Bürokratie hinausgehen. Für uns geht es in der Europäischen Union nicht in erster Linie um offene Märkte. Wir profitieren zwar alle vom Binnenmarkt, doch ist das Projekt der europäischen Einigung entschieden mehr als das. Die Europäische Union ist für uns immer auch ein kultur- und sozialpolitisches Projekt, das den Menschen Frieden, Freizügigkeit und Wohlstand gebracht hat und zukünftig bringen soll. Europa steht sinnbildlich für eine offene, humanitäre und tolerante Gemeinschaft über innere wie äußere Grenzen hinweg: Wir GRÜNE werden die Errungenschaften der Euriopäischen Integration auch weiterhin mit Herzblut verteidigen. Unsere Leitlinie ist dabei, die Europäische Union transparenter, demokratischer und sozialer zu gestalten. Dazu brauchen wir eine europäische Öffentlichkeit, eine europäische Debatte, eine europäische Kultur des Dialogs und der Verbindlichkeit.

Schleswig-Holsteins Rolle als Brückenbauer im Ostseeraum

Durch die Arbeit unseres Landes im Ostseeraum sind viele zivilgesellschaftliche Bündnisse, kommunale Partnerschaften und parlamentarische Kooperationen entstanden. Diese Arbeit werden wir fortsetzen, besonders jetzt, wo in Europa anti-europäische

Kräfte Zulauf haben. Gerade weil wir die aktuelle Entwicklung in Russland mit Sorge begleiten, werden wir den Dialog mit Russland über die Ostseearbeit fortsetzen und in osteepolitischen Konferenzen Menschenrechtsfragen stärker thematisieren. Unser neuer Beobachterstatus im Nordischen Rat stärkt Schleswig-Holstein als südlichsten Teil Skandinaviens. Wir verstehen unsere Rolle als Brückenbauer im Friedensraum Ostsee.

Europäische Zivilgesellschaft und das EU-Parlament stärken

Was heißt es für uns GRÜNE konkret, die Europäische Union demokratischer zu gestalten? Uns geht es darum, dem Europäischen Parlament mehr Rechte gegenüber der Kommission und dem Ministerrat zu geben. Wir werden aus Schleswig-Holstein heraus die Möglichkeiten einer frühzeitigen Beteiligung an der europäischen Gesetzgebung nutzen. Die Einflussmöglichkeiten der europäischen Zivilgesellschaft wollen wir ausbauen, so dass eine noch wirksamere europäische Öffentlichkeit entsteht. Entschlossen stellen wir uns denjenigen entgegen, die zurück auf die nationale Scholle wollen. Freiheit von Gentechnik auf Acker und Teller, faire internationale Handelsabkommen, Wasser als öffentliches Gut – Europas Bürger*innen zeigen seit vielen Jahren, dass sie es verstehen, erfolgreich an der Weiterentwicklung der EU mitzuwirken. Diese Beteiligung werden wir ausbauen und zivilgesellschaftliche Initiativen weiterhin unterstützen.

Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung und eine Finanztransaktionssteuer
Die Verhinderung von Steuerflucht lässt sich längst nicht mehr allein auf nationaler Ebene lösen. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Vorgehen nach einem klaren Regelwerk sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Unser Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine Finanztransaktionssteuer kann als Instrument der Krisenpräventation zur Stabilität der Finanzmärkte beitragen.

Europäische Bildungs- und Kulturarbeit unterstützen

Gemeinsame Bildungs- und Kulturarbeit kann dazu beitragen, einen grenzüberschreitenden Kulturraum zu fördern. Gerade um der jungen Generation eine bestmögliche und grenzüberschreitende Zukunft zu ermöglichen, wollen wir unsere Bildungslandschaft europäisieren. Wir werden deshalb Projekte an unseren Europaschulen, europäische Kulturprojekte und Austauschprogramme ausbauen. Nachdem die Universität Flensburg auch durch grüne Unterstützung zu einer Europauniversität geworden ist, werden wir sie in ihrem europäischen Forschungsschwerpunkt weiterhin unterstützen. Mit den Mitteln des Erasmusprogramms wollen wir noch mehr Jugendliche und junge Menschen aller Ausbildungsgänge und Berufsgruppen aus Schleswig Holstein Europa erleben lassen.

Mit Dänemark zusammenarbeiten

Dänemark ist für uns in Schleswig-Holstein der wichtigste europäische Partner. Wir haben einen gemeinsamen Grenzraum, viele Handelsbeziehungen und verfolgen zusammen eine erfolgreiche Minderheitenpolitik. Die Zusammenarbeit der deutsch-dänischen Grenzregion gilt als europäisches Erfolgsprojekt. Sowohl durch die Asylpolitik, als auch durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen durch die dänische Seite hat unser ansonsten gutes Verhältnis jedoch stark gelitten. Wir werden uns in Dänemark mit allen pro-europäischen Kräften vernetzen und uns mit ihnen gemeinsam für eine offene Gesellschaft engagieren. Wir lehnen neue Schlagbäume und Grenzkontrollen zu Dänemark auch weiterhin entschieden ab. Den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, den

ÖPNV sowie die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesundheitswesen wollen wir weiter voranbringen.

Europas Regionen stärken Europa

Die Möglichkeiten der Nationalstaaten, im Alleingang nachhaltige Lösungen auf zunehmend globalisierte Probleme zu entwickeln, sind begrenzt. Die Zukunft liegt im Zusammenspiel der Regionen, Kommunen und Nationalstaaten mit dem Europäischen Parlament und den europäischen Institutionen.Deshalb werden wir die Landesvertretung in Brüssel stärken und die Mitarbeit im Ausschuss der Regionen intensivieren. Wir nehmen die Herausforderung mit einer zielstrebigen Landesaußenpolitik an. Klimawandel, eine humane Flüchtlingspolitik sowie Wirtschafts- und Währungspolitik sind durch nationale Abschottung nicht zu lösen. Wir GRÜNE stehen bedingungslos für grenzüberschreitende Kooperationen. Wir werden uns noch mehr mit anderen Regionen in allen Teilen Europas austauschen und vernetzen, um gemeinsame Ziele umzusetzen.

Die Kommunen fit für Europa machen

Unsere Kommunen müssen an vielen Stellen europäisches Recht umsetzen. Zudem ist die Beantragung europäischer Mittel oftmals herausfordernd. Deshalb ist es wichtig, dass das Land den Kommunen sein Expertenwissen zur Verfügung stellt und auch weiterhin bei der Antragstellung hilft. Bei der Anwerbung und dem Einsatz europäischer Fördermittel werden wir wie bisher auf hohe Wirksamkeit für Klima, soziale Gerechtigkeit, Innovation und Umwelt setzen.

Schleswig Holstein als Vorbildregion für Nationale Minderheiten ausbauen

Wir GRÜNE wollen ein grenzenloses Europa, in dem Nationale Minderheiten gleichberechtigt mit der Mehrheitsbevölkerung in ihrer gemeinsamen Heimat leben. Schleswig-Holstein ist dafür Vorbild. Nachdem der Minderheitenbereich bei Schwarz-Gelb starke Kürzungen hinnehmen musste, haben wir ihn wieder stärker gefördert und den Schutz für Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen. Unsere Minderheiten sind ein Gewinn für uns alle. Es ist deshalb unsere gemeinsame Aufgabe, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. So haben wir die Minderheitenverbände auch finanziell gestärkt. Unser Ziel ist es, dass die Mittel zukünftig verstärkt für Projekte von jungen Menschen in den Minderheiten zum Tragen kommen.

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Menschen, die binational oder als Teil von Minderheiten aufgewachsen sind, die doppelte Staatsbürgerschaft bekommen können.

Wir werden uns auf europäischer Ebene auch weiterhin dafür einsetzen, dass Minderheitenbelange noch stärker im EU-Vertragswerk und den Grundrechten berücksichtigt werden.

Minderheiten und Regionalsprachen machen unser Land bunt

Ein zentrales Element unserer Minderheitenpolitik ist die Sprachenpolitik. Unsere Minderheiten- und Regionalsprachen sollen geschützt und durch Sprachunterrichtsangebote in den Schulen und Kitas aktiv gelebt werden. Wir haben daher auch ein Gesetz zur Stärkung der Minderheitensprachen beschlossen. Mit einem Handlungsplan Sprachenpolitik hat sich die Landesregierung in dieser Legislatur der Sprachen Dänisch, Friesisch, Roma und unserer Regionalsprache Niederdeutsch

angenommen. Bestehende Institutionen zur Förderung von Sprachenvielfalt wollen wir erhalten und in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass Minderheiten auch bei Behördenkontakt ihre eigenen Sprachen anwenden können und Minderheitensprachen in der Öffentlichkeit noch sichtbarer werden.

Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung für die "Eine Welt"

Globale und regionale Entwicklungen sind eng miteinander verschränkt. Unser Konsumverhalten und Lebensstil wirken sich in anderen Teilen der Welt aus. Der Kampf für Frieden, gegen Hunger und Armut, für das Recht auf Bildung, die Eindämmung der Folgen des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung überall auf der Welt sind Teil unserer globalen Verantwortung. Ihr wollen wir vor Ort gerecht werden. Ob Klimawandel und Küstenschutz, Flüchtlinge oder Konsum: Globale Entwicklungen holen uns zuhause ein. GRÜNE Landespolitik wirkt: ob im Beschaffungswesen, in der Energiepolitik, in der Landwirtschafts- oder Fischereipolitik. Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze, Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Um das abzusichern, werden wir die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable Development Goals, SDG) in den Strategien des Landes verankern. Dazu werden wir die Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien für Schleswig-Holstein im Landtag fortsetzen, Vorschläge dafür wurden bereits in einem gemeinsamen Projekt mit dem "Bündnis Eine Welt" entwickelt.

Wir wollen die erfolgreichen Kooperations-Projekte und die Zusammenarbeit mit Institutionen wie dem "Bündnis Eine Welt" und dem Landesnetzwerk der Entwicklungszusammenarbeit sowie die vielen Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften und Verbände- und Wirtschaftspartnerschaften ausbauen. Das erfolgreiche PromotorInnen-Programm soll weiter geführt, die Kofinanzierung aus Landesmitteln weiter gewährleistet werden. Um in der Partnerschaftsarbeit noch breiter aufgestellt zu sein, steht die Gründung von fairen Wirtschaftspartnerschaften aus Schleswig-Holsteins mit Entwicklungsregionen an.

Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA, TTIP und TiSA

Kollidierender Änderungsantrag: Änderungsantrag zu LTW 4: LTW-Programm - WELTOFFEN

Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA,TTIP und TISA

Im Land zwischen den Meeren wissen wir seit Jahrhunderten: Internationaler Austausch von Ideen und Waren kann die Welt besser machen. Das ist kein Selbstgänger. Wir stehen für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten möglichst multilateral zwischen allen Staaten, unter Beteiligung internationaler Organisationen, wie der UN vereinbart und weiter entwickelt werden. Bei bilateralen Handelsabkommen, etwa zwischen den USA und Europa, ist ein transparentes und demokratisches Verfahren vom Beginn bis zum Abschluss der Verhandlungen unabdingbar. Dazu gehört die Beteiligung eines gestärkten europäischen Parlamentes und der Parlamente der Mitgliedsländer.

Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in kommunaler und regionaler Hand. Die Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen – Konzerne können demokratische Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden wir abwehren. Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Diese Form des Investor*innenschutzes schwächt unsere mittelständische Wirtschaft und

schränkt die Souveränität unserer Kommunen und Länder ein. Die sehr kostspieligen Prozesse könnten sich nur Großkonzerne leisten. Trotz kleiner Verbesserungen im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-Abkommen unsere Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht. Wir unterstützen die Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA", die unsere Landesregierung auffordert, dieses schädliche Handelsabkommen im Bundesrat abzulehnen. Eine Landesregierung, an der wir beteiligt sind, wird CETA im Bundesrat nicht zustimmen können.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.67: LTW-Programm - WELTOFFEN

Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in kommunaler und regionaler Hand. Der Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen – Konzerne können Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden wir abwehren. Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Wir streiten dafür, dass suprastaatliche öffentliche Gerichte für Klagen gegen Staaten unter dem Gesichtspunkt des Investitionsschutzes eingerichtet werden. Trotz kleiner Verbesserungen im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-Abkommen unsere Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht.

Die Entwicklung von Wirtschaftspartnerschaften auf Augenhöhe mit anderen Regionen weltweit ist für Unternehmen und Bürger*innen ein wichtiger Baustein. Wir GRÜNE streben in Schleswig-Holstein solche Netzwerke auch mit Staaten und Regionen in den USA und Kanada an und wollen die Außenwirtschaftsstrategie unserer Wirtschaftsfördereinrichtung WTSH um diese Punkte ergänzen. Auch an diese Kooperationsabkommen werden wir den Anspruch legen, nicht hinter unsere sozialen und ökologischen Standards zurückzufallen und Arbeitnehmer*innenrechte keinesfalls zu verschlechtern.

Auf den Punkt

- Wir werden Europa demokratischer und sozial gestalten,
- Brückenbauer zwischen Zentral- und Nordeuropa sein,
- Europäische Bildungs- und Kulturarbeit stärken,
- mit progressiven Parteien und Organisationen in Dänemark kooperieren,
- uns weiterhin gegen Grenzkontrollen nach Dänemark stark machen

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.120: LTW-Programm - WELTOFFEN

- auch weiterhin Nein zu neuen Schlagbäumen und Grenzkontrollen sagen,
- Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle für Nationale Minderheiten ausbauen,
- Faire Wirtschaftspartnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen,
- Nein sagen zu CETA, TTIP und TiSA, aber Kooperationsabkommen mit hohen Verbraucher*innen und Arbeitnehmer*innenstandards unterstützen.

Flucht und Asyl / Die Integration gestalten und Menschenrechte verteidigen

Wir stehen für eine weltoffene Gesellschaft, die den Menschen Schutz bietet, die unseren Schutz brauchen. Das vergangene Jahr hat Deutschland verändert. Mehr als 800.000 Menschen mussten vor Krieg, Verfolgung und aus existenzieller Not aus ihrer Heimat fliehen. Dank der großartigen Hilfsbereitschaft tausender Schleswig-Holsteiner*innen aber auch einer engagierten Flüchtlingspolitik durch die Kommunen und das Land, konnten allein in unserem Bundesland 35.000 Menschen Zuflucht finden. Nun gilt es, in die Integration, in Sprachkurse, Bildung und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit zu intensivieren, damit zu uns geflüchtete Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Deutschland und Europa müssen aber auch die Fluchtursachen bekämpfen. Wir tragen eine Mitverantwortung für die durch den Klimawandel ausgelösten Dürren und die Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Kleinbauern, weil wir eine falsche Global-Agrarpolitik machen. Eine Sicherheits-, Friedens- und Außenpolitik, die nicht auch Agrar-, Energie- und Handelsaußenpolitik ist, kann nicht gelingen.

Wir setzen uns für eine europäische Flucht- und Asylpolitik ein. Die europäische Außengrenze darf keine Todeslinie werden. Wir setzen auf eine europäische humane und menschenrechtsbasierte

Asylpolitik von der Aufnahme bis hin zum Grenzschutzsystem. Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. So setzen wir auf das Resettlement-Programm den UNHCR, das die Umsiedlung besonders gefährdeter Geflüchtete organisiert und sie mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnissen ausstattet. Von zentraler Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden um Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen. Entsprechende Initiativen von Kommunen Kontingente aufzunehmen, unterstützen wir.

Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein, braucht es Strukturen, die flexibel genutzt werden können, wenn die Zugangszahlen wieder steigen oder stark zurückgehen. Wir GRÜNE sehen in der Zuwanderung sowohl eine Bereicherung, die zu einer Herausforderung werden kann, wenn diese nicht gut organisiert ist. Um eine erfolgreiche Zuwanderungsgeschichte schreiben zu können, braucht es die Handreichung aller Seiten.

Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende

Wir finden schnelle Asylverfahren richtig – aber nicht zu Lasten rechtsstaatlicher Standards. Unabhängige, individuelle Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten Dolmetscher*innen und rechtliche Unterstützung müssen gewährleistet werden. Dabei darf es keine Rolle spielen, aus welchem Land die Geflüchteten kommen. Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir weiterhin ab. Mit unserem Antrag zur Abschaffung des AsylblG haben wir im Bundesrat keine Mehrheit gefunden, dessen Abschaffung bleibt dennoch unser Ziel.

Die Standards des Landes in Unterkünften müssen gehalten und ausgebaut werden. Geflüchtete sollen die Möglichkeit haben sich zu beschweren und gehört zu werden in Form von Geflüchtetenbeiräte in jeder Unterkunft. Individuelle Bedürfnisse von Geflüchteten, zum Beispiel von Frauen und LGBTQI und Kindern, finden dabei

Berücksichtigung. Wir halten an der Vereinbarung des Flüchtlingspaktes fest, dass niemand länger als drei Monate in der Erstaufnahme bleiben soll. Getrennte Unterbringung der Geflüchteten nach Bleibeperspektive lehnen wir ab.Die Zeit muss für die vorgelagerte Beratung, Anhörung, Willkomenskurse und ein Profiling genutzt werden. Viele Kommunen in unserem Land haben noch Kapazitäten, um Flüchtlinge aufzunehmen.

Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Von zentraler Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen.

Zudem setzen wir auf das Resettlement-Programm des UNHCR, das die Umsiedlung besonders gefährdeter Flüchtlinge organisiert und sie mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

Einwanderungsgesetz

Auf Bundesebene fordern wir ein Einwanderungsgesetz. Alle Menschen, die nicht über Asyl oder Resettlement nach Europa kommen, können als Arbeitsmigrant*innen im Rahmen eines neu zu schaffenden Einwanderungsgesetzes einen Antrag stellen. Ihre Aufnahme richtet sich nicht nur nach den wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Bedürfnissen. Auch Menschen, die auf Grund von Armut oder zerstörter Umwelt nach Europa kommen wollen, brauchen die Möglichkeit legaler Zugangswege jenseits des politischen Asyls. Auch für die Menschen, die trotz allem in Deutschland verbleiben, gelten für uns die Menschenreche. Kein Mensch ist illegal, nur weil er keinen Aufenthaltsstatus hat. Um dies klarzustellen, fordern wir die Abschaffung der Übermittlungspflicht aus §87 des Aufenthaltsgesetzes.

Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft, nächtliche Abschiebungen und Abschiebungen im Winter als inhuman ab. Wir wollen in Schleswig-Holstein keine Ausreisezentren. Wir begrüßen die Arbeit von Initiativen, die sich gegen inhumane Abschiebungen einsetzen. Angesichts der restriktiven Asylpolitik des Bundes fordern wir die Überarbeitung der Kriterien der Härtefallkommission. Wer kein Bleiberecht erhält, soll kompetente und unabhängige Rückkehrberatung in Anspruch nehmen können. Wir werben im Bund und in Europa für sinnvolle Hilfen zum Neuanfang.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.113: LTW-Programm - WELTOFFEN

Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft, nächtliche Abschiebungen und Abschiebung im Winter als inhuman ab. Wer kein Bleiberecht erhält, soll kompetente und unabhängige Rückkehrberatung in Anspruch nehmen können. Wir werben im Bund und in Europa für sinnvolle Hilfen zum Neuanfang.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.103: LTW-Programm - WELTOFFEN

Wir finden, dass eine freiwillige Ausreise der Abschiebung auf Zwang immer vorzuziehen ist. Diejenigen, die kein politisches Asyl bekommen haben und Deutschland wieder verlassen müssen, wollen wir daher bei ihrer Rückkehr beraten und wo möglich auch finanziell unterstützen. Nächtliche Abschiebungen und die Praxis der Abscheibungshaft lehnen wir aus humanitären Gründen ab.

Integration nachhaltig organisieren

Die Integration der Gesellschaft ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit. Sie ist eine Querschnittaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses Programms. Wir setzen uns für gute und qualifizierte Beratungs- und Betreuungsangebote ein und wollen deshalb eine Erweiterung der Angebote. Die Beratungsangebote wie auch die Beratungsstellen selbst müssen finanziell und personell gut ausgestattet sein.Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen, einige sind noch ausbaufähig.
Es gibt ein breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen, jedoch noch lange nicht flächendeckend. Besonders in ländlichen Gebieten fehlt häufig die hierfür erforderliche Infrastruktur, Wartezeiten auf Kursplätze, besonders im Bereich der Alphabetisierung, sind immer noch viel zu lang. Ein besonderes Kursangebot für Frauen mit Kinderbetreuung findet man noch viel zu selten. Arbeitsangebote gibt es mehr und mehr, jedoch noch lange nicht genug. Es gilt nach wie vor, bürokratische Hürden abzubauen und Zu- und Übergänge zu erleichtern.Auch hier sind es leider meist die Frauen, die das Nachsehen haben.
Kontakt und Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration. Aus diesem Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich machen. Auch Peer-to-Peer-Projekte zwischenGeflüchteten, die schon länger in Schleswig-Holstein leben undneue Geflüchtete als Expert*innen in verschiedenen Bereichen gesellschaftlicher und kultureller Integration werden wir fördern. Alles, was der Emanzipation der Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.94: LTW-Programm - WELTOFFEN

Die Integration der Geflüchteten ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit. Sie ist eine Querschnittaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses Programms. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen. Es gibt ein breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen und Arbeitsangeboten. Kontakt und Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration. Aus diesem Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich machen. Auch Peer-to-Peer-Projekte im Rahmen der Geflüchteten, die schon länger in Schleswig-Holstein leben, neue Geflüchtete als Expert*innen werden wir fördern. Alles, was der Selbstbestimmung von Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen – unabhängig von ihrer willkürlich am Herkunftsland festgemachten Bleibeperspektive. Wir fordern vom Bund ein Ende der Diskriminierung aufgrund von Herkunftsländern. Wir wollen Angebote stärker prozess- und an den Menschen orientiert gestalten. Zudem werden wir die Honorare für Lehrer*innen dieser Landeskurse anheben.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.110: LTW-Programm - WELTOFFEN

Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und

Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen. Die Aufteilung von Flüchtlingen mit guter und mit schlechter Bleibeperspektive entlang von Länderschutzquoten, wie es die große Koalition in diversen Gesetzen manifestiert hat, lehnen wir entschieden ab. Das Asylrecht ist ein Individualrecht und steht jeder pauschalen Gruppensortierung entgegen. Außerdem führt diese Politik dazu, dass Schutzsuchende von Integrationsleistungen ausgeschlossen sind obwohl sie absehbar viele Jahre in Deutschland leben werden.

Wir werden die Kommunen weiterhin mit einer Integrationspauschale unterstützen, die wir auch für Familienangehörige zahlen wollen. Wir statten die Kommunen so aus, dass sie diese oder andere Gelder auch tatsächlich für Integrationsaufgaben verwenden können. Wir wollen, dass die Menschen dort wohnen, wo sie Arbeit und Integrationsangebote vorfinden. Die Wohnsitzauflage lehnen wir ab, denn sie beschneidet die Grundrechte der Geflüchteten, kann Integration erschweren und ist außerdem ein Bürokratiemonster. .

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.34: LTW-Programm - WELTOFFEN

Wir werden die Kommunen weiterhin bei der Integration von Geflüchteten finanziell unterstützen und das auch bei Familienangehörigen, di dazu kommen. Wir erwarten, dass die Kommunen dieses Geld tatsächlich für Integrationsaufgaben verwenden und nicht für die Unterbringungskosten. Wir wollen, dass die Menschen dort wohnen, wo sie Arbeit und Integrationsangebote vorfinden. Die Wohnsitzauflage sehen wir kritisch.

Abstimmen (da anderslautender KPT-Beschluss):
Integrationsministerium
Für den nachhaltigen Integrationserfolg werden wir alle Zuständigkeiten in einem Ministerium bündeln und es auch so benennen. Eine der ersten Aufgaben des Ministeriums soll die Erarbeitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes sein, das allen Flüchtlingen Angebote macht.

Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugezogenen Wahlrecht und Partizipation erkämpfen. Am Ende einer gelungenen Integration kann die deutsche Staatsbürgerschaft stehen. Das unterstützen wir. Wir halten fest an dem Ziel, dass auch mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein sollen.

Zivilgesellschaft und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken

Ob auf dem Dorf, am Flensburger Bahnhof oder auf dem Nordmarkfeld in Kiel – die Jahre 2015 und 2016 haben gezeigt, welch großartige Hilfsbereitschaft in uns steckt. Wir setzen uns weiter ein für eine Stärkung und Einbeziehung der Migrant*innenselbstorganisationen in die Gesellschaft und die damit verbundenen politischen Prozesse. Wir wollen das Netz der Migrations-Beratungsstellen weiter ausbauen und den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen weiter stärken. Angesichts der Anzahl der inzwischen bei uns lebenden Flüchtlinge muss seine Stelle mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden.

Dialog mit den Religionen

Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Wir sind uns unserer historischen und politischen Verantwortung gegenüber den jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein bewusst und machen uns stark dafür, dass jüdische Begegnungsräume finanziell und politisch unterstützt und Synagogen saniert werden. Es darf nicht Religionen erster

und zweiter Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen ernst genommen werden. Religionsunterricht ist verfassungsrechtlich geschützt. Langfristig soll es zum Abschluss einer Vereinbarung über die Rolle des Islam im Land kommen, ähnlich der Verträge, wie sie etwa für die christlichen Kirchen und Jüdischen Gemeinden bestehen.
Langzeitziel ist ein religionsübergreifender gemeinsamer Unterricht, der sachlich über alle Religionen und die gemeinsamen ethischen Grundlagen unserer Kultur informiert.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.20: LTW-Programm - WELTOFFEN

Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Es darf nicht Religionen erster und zweiter Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen ernst genommen werden.

Schutz und Grenzen der Religionsfreiheit

Gemäß Art. 4 unseres Grundgesetzes ist die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eines jeden Menschen unverletzlich und dessen ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Der Staat hat sich nicht nur weltanschaulich-religiös neutral zu verhalten, sondern auch offen und übergreifend, die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen zu fördern.

Religionsunterricht steht damit ebenfalls unter dem Schutz unserer Verfassung. Dort, wo es bisher keinen konfessionsübergreifenden Religionsunterricht gibt, ist für uns neben dem Unterricht der christlichen Kirchen die Einführung von Islamunterricht durch staatliche Lehrkräfte geboten. Das Grundrecht auf Religionsfreiheit lässt keine unterschiedliche Behandlung von Glaubensgemeinschaften zu. Das gilt auch für den Abschluss etwaiger Staatsverträgen mit Religionsgemeinschaften.

Niemand von uns hat den Anspruch, von der Wahrnehmung anderer religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse verschont zu bleiben. Die Freiheit ein Kreuz, Kopftuch oder eine Kippa zu tragen, zeichnet eine weltoffene Gesellschaft aus. Staatliche Neutralität gebietet aber auch den Schutz der Mindestanforderungen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu gehört die Erkennbarkeit des Gesichts für Mitmenschen. Mimik ist für eine friedliche Kommunikation unter Menschen noch deutlich wichtiger als Sprache. Die Vollverschleierung von Frauen werten wir als ein Instrument zur Marginalisierung und Unterdrückung von Frauen. Die Vollverschleierung grenzt ihre Trägerin aus und verhindert eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das gesetzliche Verbot der Vollverschleierung halten wir daher sowohl in Kitas, Schulen und Hochschulen als auch im gesamten öffentlichen Dienst für erforderlich.

Religionsfreiheit hat auch da ihre Grenzen, wo sie mit anderen verfassungsrechtlich geschützten Gütern kollidiert. „Keine Religion steht über dem Grundgesetz“ bedeutet, dass Menschenwürde, Gleichberechtigung nach Art 3 GG, die Freiheitsrechte sowie die freiheitlich-demokratische Grundordnung unantastbar sind. Wir treten daher entschieden jeglichem religiösen Fundamentalismus entgegen, der diese Grundwerte in Frage stellt. Unsere entsprechende Präventionsarbeit werden wir intensivieren und Verstöße gegen unsere Gesetze konsequent verfolgen.

Salafismus und religiösem Fundamentalismus entgegentreten

Religionsfreiheit hat da ihre Grenzen, wo Hass und Gewalt gepredigt und unsere freiheitlich demokratische Ordnung angegriffen wird. Um religiösen Fundamentalismus zu bekämpfen, wollen wir die Präventionsarbeit des Landes unter anderem im Bereich Salafismus fortführen und noch wirksamer ausrichten.

Auf den Punkt

- Wir werden Integrationsangebote für alle ermöglichen,
- Den Familiennachzug stärken
- Ehrenamt professionell entlasten und dadurch stärken und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken,
- für ein Einwanderungsgesetz streiten,
- Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.

Demokratie / Wir wollen unsere Freiheit erhalten und eine bunte Gesellschaft entfalten. Sicherheit durch einen starken Rechtsstaat

Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur, die für Ruhe und Geborgenheit der Menschen sorgen kann. Gleichzeitig beherrschen innen- und sicherheitspolitische Besorgnisse die Debatte durch Terroranschläge, Übergriffe auf Frauen oder organisierte Wohnungseinbrüche – oft in alarmistischer Tonlage. Viele Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von konservativer bis rechtspopulistischer Seite wird diese Gefühlslage immer wieder verstärkt, in der offenkundigen Absicht, aus Angst politisches Kapital zu schlagen. Wir reklamieren in der Sicherheitsdebatte – mit offenem Blick für die Verunsicherung vieler Menschen – die Stimme der Vernunft. Als GRÜNE leisten wir heftigen Widerstand, wenn Sicherheit vorgegaukelt und unsere Freiheit in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.122: LTW-Programm - WELTOFFEN

Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur. Dennoch beherrschen Meldungen über terroristische Bedrohungen , Übergriffe auf Frauen oder organisierte Wohnungseinbrüche sicherheitspolitische Debatten – oft in alarmistischer Tonlage. Viele Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von konservativer bis rechtspopulistischer Seite wird diese Gefühlslage immer wieder verstärkt, in der offenkundigen Absicht, aus Angst politisches Kapital zu schlagen. Wir GRÜNE nehmen sowohl die faktischen Bedrohungen, als auch die individuellen Sorgen sehr ernst, wenden uns aber entschieden gegen populistische Stimmungsmache oder gar Hetze. In Sicherheitsdebatten sind wir die Stimme der Vernunft und sorgen dafür, dass bestehende Defizite schnellstmöglich abgestellt werden. Wir leisten Widerstand, wenn Sicherheit nur vorgegaukelt und unsere Freiheit in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

Eine bürgernahe und handlungsfähige Polizei

Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen

begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Wir brauchen eine bessere Kooperation auf deutscher und europäischer Ebene. Wir wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den vergangenen Jahren haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine Militarisierung der Innenpolitik, zum Beispiel durch die Diskussion um Bundeswehreinsätze im Innern, lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir weiterhin auf zielgerichtete Polizeiarbeit.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.123: LTW-Programm - WELTOFFEN

Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Unsere Polizei machen wir fit für die Herausforderungen des digitalen Zeitalters. Wir wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den vergangenen Jahren haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine Militarisierung der Innenpolitik, zum Beispiel durch die Diskussion um Bundeswehreinsätze im Innern, lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir weiterhin auf zielgerichtete Polizeiarbeit.Zudem brauchen wir eine bessere Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien.

Polizei und Strafverfolgungsbehörden fit machen für das digitale Zeitalter

Polizei und Strafverfolgungsbehörden wollen wir für das digitale Zeitalter voll handlungsfähig machen. Sie brauchen das Rüstzeug, um geltendes Recht überall zielgerichtet durchsetzen zu können – offline wie online. Die notwendige Bekämpfung von „Hate Speech“, also strafbaren Meinungsäußerungen im Internet, ist hierfür nur ein Beispiel. Geltendes Recht durchzusetzen, kann nur gelingen, wenn die Strafverfolgungsbehörden personell wie technisch angemessen ausgestattet sind. Genauso braucht die Polizei mehr spezielle Schulungsangebote, um besonders schwierige Aufgaben noch besser bewältigen zu können. Anlasslose Massenüberwachung erhöht die Sicherheit nicht, sie bindet dringend notwendige Kapazitäten und stellt eine zusätzliche Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung von 80 Millionen Bürger*innen dar. Maßnahmen wie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung lehnen wir solange als unverhältnismäßige Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung ab, bis ihre Verfassungskonformität nachgewiesen ist.

Mit Kriminalprävention Straftaten vorbeugend verhindern

Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die kriminalpräventiven Projekte im Land ausbauen und neu aufstellen. Dazu gehören die Förderung und Berücksichtigung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, um Zusammenhänge zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung, Integration und Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.53: LTW-Programm - WELTOFFEN

Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die kriminalpräventiven Räte im Land ausbauen und die Prävention neu aufstellen. Dazu gehören Förderung und Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnissen, um Zusammenhänge zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung, Integration und Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

Unsere Grundrechte stärken

Terroristen zielen auch auf unser Zusammenleben in offenen, demokratischen Gesellschaften. Denjenigen, die das Ziel verfolgen, unsere Freiheitsrechte einzuschränken, gehen wir GRÜNE nicht auf den Leim: Statt fortwährender Einschränkung unserer Grundrechte pochen wir auf den Ausbau unserer Bürger*innenrechte.

Bestehende Sicherheitsgesetze sind regelmäßig auf ihre Effektivität und Verhältnismäßigkeit von unabhängiger Seite zu evaluieren. Neue Sicherheitsgesetze wollen wir mit einer zeitlichen Befristung belegen.

Instrumente, die unsere Freiheit unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab. Dazu gehören die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die präventive Telekommunikationsüberwachung, die Schleierfahndung und die generelle Ausweitung der Videoüberwachung.

Alternativen Verfassungsschutz

Alternative 1

Den Verfassungsschutz demokratisieren - Parlamentarische Kontrolle verbessern

Die Aufarbeitung der NSU Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene und in vielen Ländern versagt hat. Wir streben an, dass der Verfassungsschutz auf der Basis einer umfassenden Aufgabenkritik neu aufgestellt wird. Wir wollen die Arbeit des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung von gewaltorientierten Gruppen, wie Rechtsextreme und Islamisten, konzentrieren. Der Verfassungsschutz hat auf die Nutzung geheimdienstlicher Mittel, wie beispielsweise den Einsatz von V-Menschen, zu verzichten. Geheimdienstliche Erkenntnisse dürfen weiterhin vertraulich bleiben, aber die Arbeitsgrundlagen, die konzeptionellen Ansätze und die Strukturen der Arbeit des Verfassungsschutzes müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dem Parlament sind hingegen alle Informationen zugänglich zu machen.

Alternative 2

Den Verfassungsschutz umwandeln

Der Landesverfassungsschutz gehört auf den Prüfstand. Die Aufarbeitung der NSU Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene und in vielen Ländern versagt hat. Die eigentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes sollte die Analyse von demokratiefeindlichen Bestrebungen und Denkmustern in unserer

Gesellschaft sein. Wie viele Expert*innen fordern wir, den Verfassungsschutz in ein wissenschaftliches Institut umzuwandeln, das seine Erkenntnisse Parlament, Regierung und Öffentlichkeit transparent zur Verfügung stellt. Die Aufdeckung und Verfolgung demokratie- und staatsfeindlicher Kriminalität im Untergrund sollte dem polizeilichen Staatsschutz mit den dafür vorgesehenen Instrumenten der Strafprozessordnung und des Strafrechts vorbehalten sein.

Unabhängige und funktionsfähige Justiz

Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen Entwicklungen zugewandte Justiz. Wenn ihre Arbeitsfähigkeit durch zu geringe Personalausstattung leidet, schwindet das Vertrauen in unsere Demokratie. Um mehr Vertrauen in unsere Justiz zu erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz stärken. Dazu gehört die Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu reformieren, moderne Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision sowie eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen ohne die richterliche Unabhängigkeit anzutasten. Damit das Verständnis für Rechtsfragen in der Bevölkerung verankert ist, wollen wir die Justiz zu einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit ermutigen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.65: LTW-Programm - WELTOFFEN

Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen Entwicklungen zugewandte Justiz. Eine leistungsfähige Justiz braucht eine gute personelle und technische Ausstattung. Um mehr Vertrauen in unsere Justiz zu erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz stärken. Dazu gehört die Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu reformieren, moderne Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision sowie eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen. Mittelfristig streben wir eine von der Regierung unabhängige, selbestverwaltete und demokratisch legitimierte Justiz an. Damit das Verständnis für Rechtsfragen in der Bevölkerung verankert ist, wollen wir die Justiz zu einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit ermutigen.

Resozialisierung statt Repression

Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung statt auf harte Strafen. Wir werden eine wissenschaftliche Untersuchung über die Zusammenhänge von Freiheitsstrafen, Ausgestaltung des Strafvollzugs und Rückfallgefährdung in Auftrag geben. Darüber hinaus ist das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für die Resozialisierung mit einem Resozialisierungsgesetz zu stärken.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.66: LTW-Programm - WELTOFFEN

Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung. Eine gute Resozialisierung im Strafvollzug ist der beste Schutz, damit Täter*innen nach ihrer Entlassung nicht rückfällig werden. . Das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für die Resozialisierung ist zu stärken.

Den Besitz von Cannabis entkriminalisieren

Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv. Besitzer*innen von bereits wenigen Mengen Cannabis werden strafrechtlich verfolgt, während Drogen wie Alkohol und Tabak mit einem höheren Abhängigkeitspotenzial legal erstanden und beworben werden dürfen. Diese von Doppelmoral geprägte Drogenpolitik

wollen wir beenden und Anbau, Besitz und Konsum von geringen Mengen Cannabis straffrei stellen.

Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen. Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

Entkriminalisierung weiterer Drogen

Es ist auch über Cannabis hinaus Zeit für eine realistische Drogenpolitik. Durch die bedarfsdeckende Einrichtung und Betrieb von sogenannten Fixerstube zur kontrollierten Abgabe illegaler Drogen wie Heroin und Kokain an volljährige, drogenabhängige Menschen werden Beschaffungskriminalität, Drogenhandel und Drogentote reduziert. Wir erwarten zudem einen Rückgang der durch die Prohibition verursachten Kosten, die von unserer Gesellschaft getragen werden, etwa für die Durchführung von Strafverfolgungen, Gerichtsverfahren und für den Strafvollzug. Gleichzeitig hoffen wir auf die Reduzierung von Einstiegsangeboten, dem so genannten „Anfixen“ durch Drogenhändler*innen, da die volljährigen, drogenabhängigen Menschen nicht mehr dauerhaft als Kundinnen und Kunden eingeplant werden können.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.50: LTW-Programm - WELTOFFEN

Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen. Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

Glücksspiel im Netz regulieren

Schleswig-Holstein muss im Verbund mit den anderen Ländern den Glücksspielstaatsvertrag reformieren. Onlineglücksspiel findet momentan in einer Grauzone statt. Wir wollen diesen Bereich regulieren und auch im Netz den Spielerschutz sicherstellen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.57: LTW-Programm - WELTOFFEN

Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen. Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen. Drogenabhängige Menschen sollen staatlich reglementierten Zugang zu Drogen erhalten. Analog zu den in Schleswig-Holstein durch den Generalstaatsanwalt festgelegten Grenzwerte soll der Besitz von Kleinstmengen straffrei bleiben..

Bürger*innenbeteiligung verbindlich machen

Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken oder zurückzugewinnen und die Legitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen, sollen die Möglichkeiten zur Mitbestimmung erweitert werden. Wir haben deshalb u.a. die Hürden für Bürgerbeteiligung auf der Kommunalebene und bei Volksinitiativen gesenkt. Für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ist der Anwendungsbereich vergrößert worden. Das Wahlalter bei den Landtagswahlen ist auf Betreiben der GRÜNEN auf 16 Jahre gesenkt. Darauf wollen wir aufbauen.

Bürger*innen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, sich frühzeitig in die Entscheidungen der Kommunen einzubringen, beispielsweise durch Zukunftsforen oder

Online-Beteiligungsverfahren. Wir wollen sicherstellen, dass die Bevölkerung vor Ort bei Infrastrukturvorhaben frühzeitig beteiligt wird.

Gesetze verständlich machen

Gesetze und Verordnungen müssen so formuliert sein, dass alle sie verstehen. Deshalb sollen einzelne Gesetze auch in einfacher Sprache erstellt werden und im Internet abrufbar sein.

Für eine bürgernahe Verwaltung

Wir wollen interkulturelle Offenheit, Verständlichkeit, Transparenz, verlässlichen Datenschutz und bürgernahesAuftreten als Leitbild für unsere Verwaltung etablieren.Daher unterstützen wir es, wenn Fortbildungsprogramme für Verwaltungen auch Elemente wie interkulturelle Kompetenz, Kommunikation und Fragen der Konfliktbewältigung enthalten.

Es gilt, die Anzahl der Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und Angebote bereit zu stellen, die gegenseitiges Kennenlernen fördern.

Datenschutz stärken

Wir GRÜNE verstehen Datenschutz als Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft. Mit einer freien Gesellschaft ist es nicht vereinbar, wenn Menschen selbst nicht wissen, wer, wann und was über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur Selbstbestimmung. Die Wahrung von Grundrechten im digitalen Leben darf nicht auf den Einzelnen abgewälzt werden. Transparenz und klare Auskunft darüber, was mit persönlichen Daten geschieht, sind wichtig. In einer digitalen Welt ist es aber ebenso wichtig, dass wir uns darauf verlassen können, dass es klare Regeln und eine wirksame Kontrolle gibt. Darum setzen wir GRÜNE uns für das Grundrecht auf Datenschutz als Schutzauftrag des Staates ein. Menschen haben ein Recht darauf, dass ihre Daten nicht gespeichert, verarbeitet und verknüpft werden. Es ist Aufgabe des Staates dieses Menschenrecht zu schützen, indem er die Verarbeitung von personenbezogenen Daten angemessen beschränkt, wirksam kontrolliert und effektiv durchsetzt - sowohl vor staatlicher als auch vor kommerzieller Datenverarbeitung.

Um vertrauensvolle und sichere Kommunikation von Bürger*innen mit den Landesinstitutionen zu ermöglichen, wollen wir verschlüsselte Kommunikation mit Behörden zum Standard machen.

Die Verabschiedung der europäischen Datenschutzgrundverordnung war ein wichtiger Meilenstein. Ihre Umsetzung entscheidet darüber, ob wir künftig einen besseren Grundrechtsschutz in einer digitalen Welt durch höhere Datenschutzstandards bekommen. Im Landesrecht werden wir hierfür die Weichen stellen. Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) wollen wir stärken, um auch kommenden Herausforderungen im Datenschutz gerecht zu werden.

Wir setzten uns dafür ein, dass der Staat so wenig über seine Bürger*innen weiß, wie möglich, das heißt nur soviel und soweit es für seine Aufgabenerfüllung gerade noch zwingend erforderlich ist. Es gilt daher auszuloten, wie eine Balance aus dem Schutz der Menschen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und datennutzendem Regierungshandeln (Data Driven Government) gelingen kann.

Wo es landesrechtlich möglich ist, wollen wir Hinweisgeber*innen (so genannte Whistleblower*innen) zu Missständen in öffentlichen Einrichtungen besser schützen.

Kommunen zukunftsfähig aufstellen

Schleswig-Holstein hat mit mehr als 1000 Gemeinden in den Ämtern eine besonders kleinteilige Struktur. In kleinen Gemeinden werden viele Aufgaben hervorragend erfüllt.Das zeigt z.B. die Integration der Flüchtlinge. In Schleswig-Holstein haben aber viele Gemeinden nicht die Größe, um die immer komplexeren Selbstverwaltungsaufgaben zu lösen. Deshalb verlagern sie häufig Aufgaben auf das Amt und auf Zweckverbände, um dort Entscheidungen treffen zu lassen.Mit den Ämtern haben sich oft effiziente, dynamische und bürgernahe Verwaltungenheraus gebildet. Die Amtsausschüsse sind aber nicht direkt gewählt. Ihnen fehlt damit die demokratische Legitimation. GZahlreiche Verwaltungsgemeinschaften und Fusionen zeigen, dass die kommunale Landschaft in Schleswig-Holstein in Bewegung ist: Viele Gemeinden machen sich bereits auf den Weg, um in neuen Kommunalstrukturen ihre Aufgaben erfüllen zu können. Darin wollen wir sie unterstützen. Unser Ziel ist es, kommunale Strukturen zu ermöglichen, in denen die Kommunen ihre Aufgaben umfänglich selbst wahrnehmen können.

Beim Vorschlagsrecht für die Ausschussvorsitze sollen die von den Gemeindevertretungen gewählten Bürgermeister*innen zukünftig angerechnet werden.

Wir wollen die kommunalen Strukturen reformieren und verfolgen das Ziel, Ämter in Amtsgemeinden umzuwandeln. Die Aufgabenzuteilung und Gestaltungskompetenz soll sich dabei an Beispielen wie den Einheitsgemeinden in Niedersachsen orientieren.

Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

Um die Arbeit der ehrenamtlichen Gemeindevertreter*innen zu erleichtern, wollen wir die Wahl von Vertreter*innen einführen, die bei Abwesenheit der Gemeindevertreter*innen diese im Gemeinderat und im Ausschuss vertreten können.

Um die Findung von Kandidat*innen zu erleichtern, sollen künftig Gemeindevertreter*innen, die ihr Mandat niederlegen, wieder auf die Liste ihrer Partei oder Wählergemeinschaft kommen, so dass sie erneut nachrücken können, wenn ein*e andere Gemeindevertreter*in ihr Mandat niederlegt.

Bei der Bürgermeisterwahl wollen wir die Präferenzwahl einführen, so dass sich ein zweiter Wahlgang erübrigt.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.7: LTW-Programm - WELTOFFEN

Um dorthin zu kommen, wollen wir die Amtsausschüsse künftig direkt wählen und so zu Amtsvertretungen weiterentwickeln. Anstelle der Amtsvorsteher*innen sollen hauptamtlich Amtsbürgermeister*innen direkt gewählt werden.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.128: LTW-Programm - WELTOFFEN

Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den

Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

Norddeutsche Kooperation weiter vertiefen

Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit den norddeutschen Ländern, allen voran mit Hamburg, ist in den vergangenen Jahren vertieft worden. Auch parlamentarisch wurde mit dem Beschluss zur Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses von Schleswig-Holsteinischem Landtag und Hamburger Bürgerschaft eine engere Kooperation auf den Weg gebracht. Diesen Prozess begrüßen wir und begleiten ihn aktiv. So werden wir etwa auf eine gemeinsame Landes- und Verkehrsplanung und eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung hinarbeiten. Nicht Abschottung, sondern die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven stärkt den Norden. Die Unternehmen im Norden gehen mit großen Schritten voran.

Demokratie@Digital

Wir wollen alle Verwaltungsabläufe und den Bürgerservice im Rahmen einer Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung (E-Government-Strategie) digitalisieren und den Bedarf von Bürger*innen-Servicezentren für die Verwaltung prüfen. Ziel ist ein zentrales Internet-Portal, unabhängig davon, ob Bürger*innen von ihrer Kommunalverwaltung oder dem Land Auskunft suchen. Open Data (freie Verfügbar- und Nutzbarkeit von – meist öffentlichen – Daten) und eine offene Verwaltungskultur sind unverzichtbare Elemente in einer Teilhabegesellschaft. Deshalb werden wir die Veröffentlichung und kostenfreie Bereitstellung von Landesdatenbeständen und Geodaten im Rahmen des von uns novellierten Informationszugangs- und Transparenzgesetzes weiter vorantreiben.

Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung erfordert den Einsatz von kompatiblen, offenen Formaten – möglichst landes-, bundes- oder sogar europaweit.

Klarheit und Wahrheit

Wir lehnen geheime inhaltliche Nebenabreden zu Koalitionsverträgen entschieden ab. Mit uns wird es keine inhaltlichen Nebenabreden geben, unser Grundprinzip lautet "Klarheit und Wahrheit".

Es bleibt unser Ziel, Politik transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Daher werden wir zukünftig alle politischen Inhalte und die zwischen den Vertragspartnern vereinbarten Regularien in die jeweiligen Kooperationsverträge und deren ebenfalls öffentlichen Anhang aufnehmen. Davon ausgenommen werden dürfen nur Personalfragen. Vor Erteilung solcher Ausnahmen in Personalfragen ist zumindest unsere Landtagsfraktion zu beteiligen.

Auf den Punkt

- Wir werden unsere Polizei und Justiz personell und materiell stärken und fit machen für das digitale Zeitalter
- uns weiterhin gegen Massenüberwachung und den Abbau von Freiheits- und Grundrechten aussprechen
- einen Grundrechte-TÜV für Gesetze und die Schaffung eines Grundrechteministeriums auf die Tagesordnung setzen,
- den Verfassungsschutz reformieren
- auf eine ganzheitliche Kriminalprävention drängen und die Resozialisierung im Strafvollzug stärken,
- den Besitz von Cannabis entkriminalisieren,
- Bürger*innenbeteiligung ausbauen und kommunale Strukturen reformieren,
- kommunale Strukturen reformieren,
- Whistleblower*innen schützen und sichere Kommunikation ermöglichen,
- die länderübergreifende Planung mit Hamburg voranbringen.

Rassismus und Diskriminierung / Die Würde des Menschen ist unantastbar, das ist uns Verpflichtung

Gewalttaten auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, Brandanschläge auf Asylbewerber*innenheime nehmen immer weiter zu. Es ist geboten, dass wir uns noch mehr mit den Ursachen von Rassismus in unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Dabei ist die Präventionsarbeit zu stärken, antirassistische Bildungsarbeit zu fördern und ausreichend Beratungszentren für Opfer rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt vorzuhalten. Wir wollen rassitischen Stammtischparolen und rechter Gewalt entschieden entgegentreten, indem wir - ob nun im Internet, auf offener Straße oder im Regierungsviertel -, uns immer klar gegen Rassismus und Diskriminierung udn Vielfalt und Toleranz aussprechen.

Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken

Wir setzen uns dafür ein, dass an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aktive Antirassismusarbeit geleistet wird. Aufklärungs- und Präventionsarbeit soll verbessert, Schulmaterial auf rassistische Passagen überprüft werden. Geschichtsunterricht soll unsere Schüler*innen auch über die deutsche Kolonialgeschichte aufklären. Antirassistische Arbeit lebt durch eine engagierte aktive Zivilgesellschaft. Wir GRÜNE bekennen uns zu antirassistischen Bündnissen und unterstützen sie.

Wir fordern die Aufstockung des von uns geschaffenen Landesprogramms für Demokratisierung und gegen Rechtsextremismus, beispielsweise durch ein weiteres regionales Beratungszentrum in Neumünster. Wir werden Beratungsstellen für Opfer rechter Angriffe stärker fördern und uns für ein flächendeckendes Angebot in Schleswig-Holstein einsetzen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.48: LTW-Programm - WELTOFFEN

Wir fordern die bedarfsgerechte Aufstockung des von uns geschaffenen Landesprogramms für Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein durch weitere Beratungszentren in Städten wie zum Beispiel Neumünster. Gerade an Orten, an denen es eine aktive rechtsextreme Szene gibt, muss es Beratungsstellen geben. Außerdem setzen wir uns für die finanzielle Aufstockung von staatlich unabhängigen Beratungsstellen und Initiativen, die sich bereits seit langer Zeit engagieren.

Wir sind die Queer-Lobby

Mehr als 40 Prozent der Menschen finden es abstoßend, so haben es Untersuchungen belegt, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Gewalttaten gegen Homosexuelle und Transgender nehmen zu, "schwul" ist nach wie vor ein beliebtes Schimpfwort: In größeren Teilen unserer Gesellschaft halten und bauen sich totgeglaubte Vorurteile und Diskriminierungen auf. Wir wollen der Ausgrenzung und Verunglimpfung von Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen entschieden begegnen und das Konzept von Vielfalt und Toleranz dagegen setzen, das auf grünen Grundüberzeugungen basiert. Wir GRÜNE sind die Stimme für ein diskriminierungsfreies, buntes und tolerantes Schleswig Holstein.

Nachdem wir in dieser Wahlperiode auf grüne Initiative den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt geschaffen haben, Projekte gefördert und Kürzungen bei LGBTIQ-Initiativen (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell und queer) rückgängig gemacht wurden, wollen wir die Präventionsarbeit weiter ausbauen. Wir werden unseren Aktionsplan "Echte Vielfalt für Trans- und Intersexuelle Menschen" verstärkt öffnen und ihre besonderen Belange einbeziehen.

Junge Menschen beim Coming Out unterstützen

Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, um ihre sexuelle Identität ohne Diskriminierung entwickeln zu können. Wir werden das "Schlau Projekt", "Na sowas" und "HAKI" stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden, Schulaufklärungsprojekte im ganzen Land anzubieten. Lehrkräfte sind in Aus- und Fortbildung für den Umgang mit sexueller Vielfalt zu sensibilisieren.

Sei so, wie du bist – egal, wo du wohnst

Die Situation für LGBTIQ-Menschen ist bei uns regional unterschiedlich. Neben der Förderung von Projekten in Städten, werden wir Modelle für den ländlichen Raum entwickeln: Auch dort sollen entsprechende Beratungsangebote entstehen. Für das Hamburger Umland wollen wir einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Stadt Hamburg entwickeln.

Ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen und Transsexuellen

In unserem Land sind bis 1994 homosexuelle Männer aufgrund ihrer Sexualität noch verfolgt worden. Ihnen ist Unrecht geschehen. Wir setzen uns im Bundesrat für ihre Entschädigung ein. Zur Erinnerung an die homosexuellen und transsexuellen Opfer des Nazi-Regimes in Schleswig-Holstein möchten wir ein Landesdenkmal errichten lassen und die historische Aufarbeitung fördern.

Queere Menschenrechte enden nicht an der Haustür

In vielen Staaten, mit denen Schleswig Holstein kooperiert, werden die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender mit Füßen getreten. Wir dringen darauf, dass in den politischen und wirtschaftlichen Kooperationen mit Staaten wie Russland, China oder auch dem Baltikum die Lage von LGBTIQ thematisiert wird und Kooperationen mit Initiativen aus Schleswig-Holstein vereinbart werden.

Auf den Punkt

- Wir werden die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus und die Antidiskriminierungsstelle stärken,
- ein Präventionszentrum gegen Rechtsextremismus in Neumünster einrichten und die bestehenden ausbauen,
- antirassistische Bildungsarbeit an öffentlichen Schulen verstärken und unterstützen,
- nichtstaatliche antirassitische Initiativen und Beratungsstellen unterstützen,
- den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für Trans- und Intersexuelle Menschen noch mehr öffnen,
- Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Schulen voranbringen,
- sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Lehreraus- und Fortbildung verankern,
- ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS Regimes einrichten,
- LGBTIQ-Themen bei internationalen Kooperationen auf den Tisch bringen.

Kultur / Menschen über Kulturprojekte jenseits des Mainstreams zueinander bringen und Kreativität fördern

Unsere Gesellschaft erfährt durch die Kultur lebenswichtige Impulse. GRÜNE Kulturpolitik fördert – neben der etablierten Kultur (Landestheater, Orchester, große Museen) – die Kultur jenseits des etablierten Betriebs und verbürgter Wertschätzungen. Dafür schaffen wir Freiräume und wollen Menschen über Kulturprojekte miteinander verbinden. Diese Kulturpolitik nach dem Konzept „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

Nachhaltige und innovative kulturelle Infrastruktur schaffen
GRÜNE Kulturpolitik ist nachhaltig. Sie beruht auf dem Grundverständnis, nicht nur in Kategorien wie Projektförderung zu denken, sondern Kultur als sinnvollen und elementaren Teil des Alltags zu begreifen und für Menschen heutiger und künftiger Generationen zugängig zu machen. Erst das Erlernen und die Weitergabe von Kulturtechniken ermöglicht kulturelle Teilhabe. Auf kultureller Teilhabe beruhen Begegnungen jenseits etablierter Milieus und die Fähigkeit zur kreativen und innovativen Mitgestaltung unserer Lebenswelt.

Wir erkennen in der Verbindung von Kultur- und Sozialpolitik einen Schwerpunkt für ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Handeln. Hierbei streben wir ein flächendeckendes und ortsbezogenes Handeln an, welches sich an den europäisch humanistischen Grundpositionen orientiert, ohne die örtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten zu ignorieren. Gerade in den ländlichen Gemeinden und mittleren Städten wollen wir dem immer weiter fortschreitenden Ausbluten von kulturellen und sozialen Angeboten entgegenstehen und den Dialog mit den Bürger*innen vor Ort dauerhaft suchen.

Kulturelle Vielfalt fördern

Wir fördern den interkulturellen Dialog zugunsten einer vielfältigen kulturellen Landschaft. Projekte, die diesem Grundsatz folgen, werden wir zukünftig stärker in der Kulturförderung berücksichtigen. Beiräte und Jurys sollen alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch Migrant*innen und Neuzugewanderte abbilden..

Freiräume schaffen

Es gilt, neue Kulturräume zu entwickeln und Kreativität zu fördern. Wir setzen uns deshalb für Produktions- und Proberäume für Musiker*innen ein, für freies Theater und Tanz sowie für Räume, in denen zeitweise Produktionsbüros für junge Filmemacher*innen eingerichtet werden können. Günstige Atelierräume sind vermehrt bereit zu stellen sowie Orte für temporäre Ausstellungen (In- und Outdoor) und zur Kommunikation.

Denkmalschutz weiterentwickeln

Wir GRÜNE stehen für einen verbesserten Denkmalschutz. Das novellierte Denkmalschutzgesetz bietet einen guten Ausgleich zwischen dem Anspruch der Gesellschaft, historische Bausubstanz zu erhalten und den Interessen der Eigentümer*innen. Besonderen Wert legen wir darauf, dass die Belange der Energiewende und der Inklusion angemessen berücksichtigt werden und jeder Einzelfall sorgfältig abgewogen wird. Kompromisse sind im Denkmalschutz unerlässlich, vor allem wenn Fragen energetischer Sanierung, Ausbau der Windkraft und Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind. Denkmalschutz bedeutet nicht nur zu erhalten, was breite Zustimmung findet. Gerade unbequeme Denkmale sind ein Spiegelbild ihrer Zeit.

Zeugnisse des nationalsozialistischen Unrechtsystems lebendig halten

Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft kommt den Gedenkstätten im Land eine aufklärerische Bildungsfunktion zu. Sie stehen für eine lebendige Erinnerungskultur, die sich dadurch auszeichnet, dass sie eine Brücke zur Gegenwart schlägt und so engagierte gesellschaftliche Auseinandersetzung fördert.
Historisches außerschulisches Lernen für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen erfordert die Entwicklung und Umsetzung besonderer methodisch-didaktischer Konzepte, um Geschichte vor Ort erfahrbar und fühlbar zu machen. Nur so kann Erinnerungsarbeit in Demokratieförderung münden. Dabei kommt der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e. V. (LAGSH) und der jährlich stattfindenden Landesgedenkstättentagung eine besondere Bedeutung zu.
Wir setzen uns für den Erhalt, die Sicherung und die weitere Entwicklung der Gedenkstätten ein. Sie müssen finanziell so ausgestattet werden, nicht zuletzt

personell und professionell, dass sie in zeitgemäßen Angeboten ihrer mahnenden Funktion gerecht werden können.Die Weiterentwicklung und Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes unterstützen wir ausdrücklich.

Kulturelle Bildung fördern

Die kulturelle Bildung bei jungen Menschen ist zu stärken. Dazu wollen wir allen Kindern in ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. Wir unterstützen Kooperationen von Schulen, Theatern, Museen, Musikschulen, freien Anbietern, LAG Soziokultur und Künstler*innen.

Filmförderung als Aushängeschild

Unsere gemeinsame Filmförderung mit dem Nachbarland Hamburg hat sich bewährt. Es werden spannende Filmprojekte unterstützt und durch die Produktionen weltweit Werbung für Schleswig-Holstein gemacht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

Um schleswig-holsteinische Produktionen zu fördern, soll in unseren Kinos vor dem Hauptfilm jeweils ein Kurzfilm aus Schleswig-Holstein gezeigt werden.

Kultur@Digital

Durch die Digitalisierung verändert sich unsere Kultur, neue Chancen eröffnen sich. Wir werden digitale Methoden im Sinne der sozialen Teilhabe bei der Vermittlung kultureller Angebote sowie als Gestaltungsmittel für alle Künste fördern.

Weiterhin setzen wir auf eine Modernisierung des Urheberrechts, die vor allen anderen den Kreativen zu Gute kommt, neue Nutzungsformen kultureller Werke erlaubt und das Ziel eines fairen Interessensausgleichs zwischen den beteiligten Akteuren verfolgt. Die Verbreitung von Creative Commons Lizenzen (eine einfache Weise, Nutzungsrechte für urheberrechtsgeschützte Werke zu ermöglichen) unterstützen wir. Auch Werke, wie Fotos und Texte, die im Auftrag des Landes erstellt wurden, sind unter Creative-Commons-Lizenz zur Verfügung zu stellen.

Wir brauchen eine Digitalisierung der Archive und eine Archivierung des Digitalen. Hierfür wollen wir den Landesarchiven die nötigen Ressourcen Schritt für Schritt bereitstellen.

Der Kulturbegriff wandelt sich. Es gilt, die Möglichkeit zu schaffen, Fördermittel auch für die Entwicklung von Videospielen einzusetzen.

_

Professionell organisierte eSports-Turniere (Videospiele) sollen unter die staatliche Sportförderung fallen.

Auf den Punkt

- Wir werden den kulturellen Dialog mit Migrant*innen fördern und ihre Teilhabe sichern,
- Freiräume für Kulturarbeit schaffen,
- kulturelle Bildung in Kooperation zwischen Schulen und Künstler*innen voranbringen,
- Filmförderung stärken,
- uns für eine Modernisierung des Urheberrechts einsetzen und Kultur durch Creative Commons-Lizenzen verbreiten.

Medien / Die Vielfalt und Unabhängigkeit unserer Medienlandschaft erhalten – das dient der Meinungsfreiheit und der Demokratie

Eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft, bestehend aus Zeitung, Fernsehen, Radio und Internet, ist heute wichtiger denn je und Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie. Medien sichern Meinungsvielfalt, erklären komplizierte Sachverhalte und decken oftmals durch Recherchen gesellschaftliche Missstände auf. Dies gilt für den starken öffentlichen Rundfunk wie für die privaten Sender. Wir werden unsere unabhängige und facettenreiche Medienlandschaft sichern.

Der Zugang zu Medien für alle ist ein Grundrecht. Unsere Medien stehen unter Druck: durch Zusammenlegung von Zeitungen, aufgrund von Stellenstreichungen, nicht zuletzt wegen der zumeist anti-demokratischen Stimmungsmache. Die zunehmende Kommerzialisierung und Konzentration im Journalismus sehen wir GRÜNE kritisch.

Für die Untermauerung der politischen Diskussion über die Zukunft unserer Medienlandschaft soll die Landesregierung einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erstellen.

Medienpolitik muss im Zeitalter der Digitalisierung neue Wege wagen: Vor allem junge Menschen nutzen viel häufiger Angebote im Internet als in gedruckter Form oder am Fernseher. Dieser Entwicklung müssen sich alle Beteiligten stellen. Auch im Internet gelten Meinungsvielfalt und Minderheitenschutz beim Informationstransfer. Die Rundfunk- und Medienstaatsverträge müssen hierauf Antworten geben.

Journalistische Qualität fördern – analog wie digital

Die Situation der Printmedien hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert: Sinkende Auflagen, erhöhter Konkurrenzdruck durch Online-Medien, schrumpfende Einnahmen und wachsende Anforderungen bei schlechteren Verträgen für Journalist*innen sind eine Gefahr für die Qualität der Berichterstattung. Das hat Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Journalist*innen wie auch auf die Meinungsvielfalt in unserem Land.

Wir werden Modelle entwickeln, die qualitativ gute lokale und regionale Berichterstattung erhalten. Beispielhaft dafür sind Stiftungsmodelle oder die

Förderung von neuen Formen des Journalismus, wie beispielsweise von Kleinstverlagen.

Wir GRÜNE begrüßen, dass durch den Onlinebereich zahlreiche weitere Möglichkeiten für einen neuen Bürger*innen-Journalismus und zur unabhängigen Information hinzugekommen sind. Gleichzeitig wächst hierdurch auch die Notwendigkeit einer mit dieser Entwicklung schritthaltenden Vermittlung von Medienkompetenz.

Medienkompetenz neu aufstellen

Die Medienkompetenzstrategie des Landes wird neu aufgestellt. Bis zum Jahr 2025 soll für alle Schleswig-Holsteiner*innen der selbstbestimmte und souveräne Umgang mit digitalen Medien so selbstverständlich sein wie heute das Telefonieren oder das Öffnen von Briefen. In der digitalen Gesellschaft ist Medienkompetenz eine Schlüsselqualifikation. Wichtig ist es, Informationen nicht nur zu finden, sondern sie auch einordnen zu können. Ziel muss es sein, alle Menschen in Schleswig-Holstein mit alters- und bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wir setzen dazu auf bestehende Institutionen, wie zum Beispiel den Offenen Kanal, das IQSH (Institut für Qualitätssicherung SH), auf unsere Hochschulen, die Verbraucherzentrale, aber auch die Einbeziehung all derjenigen, die sich in diesen Prozess einbringen wollen.

Zusätzlich werden wir einen Fortbildungscampus online stellen, auf dem alle Angebote des Landes zu Themen der Digitalisierung gebündelt sind und weitere Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten entstehen,

Wir begrüßen es, wenn Bürger*innen selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote gestalten und sich direkt am Meinungsbildungsprozess beteiligen. Vor allem der Offene Kanal in Schleswig-Holstein trägt hierzu bei: Seine Funktion als Forum für Bürger*innen sowie als Lokalradio und Lokalfernsehen ist wichtig. Die Aus- und Fortbildungsaktivitäten des Offenen Kanals geben ein Vorbild.

Rundfunkangebote zukunftsfähig machen

Durch das Internet ist der Zugang zu den Angeboten der Rundfunkanstalten schon jetzt flexibel. Die Pflicht, öffentlich-rechtliche Angebote nach kurzer Zeit wieder aus dem Online-Angebot zu löschen, führt dies jedoch ad absurdum. Wir wollen, dass das Sieben-Tage-Limit für öffentlich-rechtliche Angebote im Netz abgeschafft wird. Wir setzen uns dafür ein, dass auch beim Offenen Kanal alle Sendungen online abzurufen sind.

Bei einer Novellierung des NDR-Staatsvertrages wollen wir uns dafür einsetzen, dass der NDR noch transparenter wird. NDR-Gremien sollen wie der Rundfunkrat öffentlich tagen, im Rundfunkrat auch Zuschauervertreter*innen sitzen. Den Einfluss der Politik auf die Räte sehen wir kritisch.

Wir setzen uns dafür ein, dass der NDR mehr Sendungen in unseren Regional- und Minderheitensprachen ausstrahlt.

Auf den Punkt

- Wir werden einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erarbeiten,
- neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen,
- ein neues Medienkompetenzkonzept für Schleswig-Holstein vorlegen und Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz ausbauen,
- den Offenen Kanal stärken,
- dafür eintreten, dass die Nutzungsdauer von Angeboten in den Mediatheken ausgeweitet wird.

Netzpolitik / Die Vorteile der Digitalisierung nutzen und Herausforderungen annehmen

Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, von der Bildung, über die Mobilität, der Arbeitswelt, der Landwirtschaft bis zur Art, wie wir miteinander ins Gespräch kommen. Wir GRÜNE denken Netzpolitik ganzheitlich und haben daher in allen Kapiteln unseres Landtagwahlprogramms ein Unterkapitel "Digitalisierung" hinzugefügt, in dem wir die jeweiligen fachpolitischen Herausforderungen und unsere Antworten hierauf skizzieren. Unsere netzpolitische Bilanz der vergangenen Legislatur kann sich sehen lassen. Hierauf wollen wir aufbauen. Den digitalen Wandel unserer Gesellschaft werden wir auch weiterhin intensiv begleiten und netzpolitische Kompetenzen bündeln. Die digitale Agenda des Landes wollen wir mit allen Interessierten weiterentwickeln. Sie ist eine gute Grundlage. Darüber hinaus gibt es übergreifende netzpolitische Themen, die wir als GRÜNE ebenfalls weiter voranbringen wollen.

Digitalisierung in der Landesregierung

Aufbauend auf der digitalen Agenda des Landes werden wir ein stufenweises Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Schleswig-Holstein von der Digitalisierung profitieren und Risiken minimiert werden. Das Thema Digitalisierung ist in der Landesregierung noch nicht ausreichend verankert, hier wollen wir nachbessern. Digitalisierung muss als Querschnittsaufgabe der Landesregierung wahrgenommen und politisch aufgewertet werden. Gleichzeitig wollen wir die Koordinierung digitalpolitischer Themen verbessern und klare Verantwortlichkeiten schaffen.

Open Data

Wir wollen schrittweise sämtliche technischen Daten, die das Land erhebt, allen Bürger*innen kostenlos, maschinenlesbar und in offenen Standards zugänglich machen. So erhöhen wir Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handels und ermöglichen wirtschaftliche Innovation, gerade für Start-ups. Dazu gehören unter anderem Geodaten, Umweltdaten und Verkehrsdaten. Für die Aufbereitung werden wir den Umwelt- und Landwirtschaftsatlas http://www.umweltdaten.landsh.de/atlas und den Digitalen Atlas Nord http://www.digitaleratlasnord.de/ sukzessive ausbauen. Gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode werden wir eine Open-Data-Strategie vorlegen, die konkrete Umsetzungen der Datenveröffentlichung beschreibt.

Freie und quelloffene Software (FOSS) fördern

Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software (Open-Source) ein. Sie bietet vielfältige Vorteile: Sie erhöht die Sicherheit, senkt Kosten, erleichtert den Wissenstransfer und dient durch eine stetige Weiterentwicklung durch die Nutzer*innen dem Gemeinwohl. Bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen kann die Anschaffung von Open-Source-Software statt lizenzpflichtiger Produkte zu Einsparungen führen. Software, die eigens für öffentliche Einrichtungen entwickelt wird, soll grundsätzlich als Open-Source veröffentlicht werden.

Der verstärkte Einsatz von freier und quelloffener Software ist gerade im schulischen und wissenschaftlichen Bereich wichtig. Wir wollen weg von Systemen, die nicht frei und quelloffen sind, deshalb setzen wir uns für einen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software an (Hoch-)Schulen, in öffentlichen Institutionen und der Verwaltung ein.

Netzneutralität erhalten

Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet ist Voraussetzung für wirtschaftliche und demokratische Chancengleichheit im Netz. In einem modernen Glasfasernetz sind genügend Kapazitäten vorhanden, um allen Nutzer*innen einen Hochgeschwindigkeitszugang zu ermöglichen. Wir werdenuns auch weiterhin auf allen politischen Ebenen für die effektive Sicherung der Netzneutralität und gegen ein „Zwei-Klassen-Internet“ einsetzen, in dem die Daten von Nutzer*innen priorisiert werden, die mehr bezahlen können.

Daten- und Verbraucher*innenschutz stärken

Bei allen neuen Chancen, die uns das Internet zweifellos bietet, bringt es auch neue Herausforderungen mit sich – vor allem für Menschen, die nicht mit dem Netz aufgewachsen sind. Genauso aber für Verbraucher*innen. Wir können die digitalen Potentiale nur dann voll ausschöpfen, wenn demokratische Grundpfeiler als Chancen und nicht als Hindernisse verstanden werden. Das Recht auf digitale Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und Verbraucherschutz, eine effektive IT-Sicherheit und die Gleichbehandlung informierter Nutzerinnen und Nutzer stehen für uns im Mittelpunkt unserer Bemühungen für eine lebenswerte digitale Zukunft. Gemeinsam mit vielen Verbündeten streiten wir für Innovation, Vertrauen und Sicherheit im Netz. Hierzu gehört auch die Transparenz von Angeboten, übergroßer Marktmacht durch Regulierung zu begegnen, einen innovativen Datenschutz von vornherein mitzudenken und IT-Sicherheit ganzheitlich anzugehen, beispielsweise, indem wir durchgehenden Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zum Standard machen.

Störerhaftung abschaffen – Freifunk unterstützen

Die sogenannte Störerhaftung bringt eine erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich. Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, dessen wirtschaftliche Perspektiven in Tourismus und Digitalisierung von einer hohen Verfügbarkeit öffentlicher WLAN-Netze abhängt, besteht ein großes Interesse daran, diese politische Fußfessel endlich loszuwerden. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine schnellstmögliche Abschaffung der Störerhaftung einsetzen, damit mehr Menschen ihr Netz für Dritte öffnen. Hiervon profitieren nicht nur Nachbar*innen, sondern auch Flüchtlinge und die Wirtschaft. Die Freifunkbewegung unterstützen wir auch weiterhin und setzen uns dafür ein, dass Freifunkvereine als gemeinnützig anerkannt werden.

Smart Cities und Smart Regions

Digitalisierung bietet auch Kommunen Chancen, ihre Aufgaben besser zu bewältigen. Hierzu zählen vernetzte Mobilität, Daseinsvorsorge und Bildung. Wir wollen Konzepte für die ländlichen und die städtischen Regionen entwickeln, damit diese von der Digitalisierung profitieren können und suchen den Schulterschluss mit den Kommunen.

Auf den Punkt

- Wir werden die Digitale Agenda weiterentwicklen und gemeinsam in einem partizipativen Prozess ausdifferenzieren,
- für Netzneutralität sowie hohe Datenschutz- und Verbraucherstandards kämpfen
- mit offenen Daten Demokratie und Wirtschaft in Schwung bringen,
- die Störerhaftung abschaffen, Freifunk und freie und offene Software fördern
- das Thema Digitalisierung stärker in der Landesregierung verankern.